

EINLADUNG

59. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung, Informationstechnologie und Gender Mainstreaming -
Zoom-Meeting. Gäste melden sich bitte im BV-Büro an
(bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de). -

Sitzungstermin: Dienstag, 17.08.2021, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Zoom-Meeting

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften der 58. Sitzung
- 3 Sachstand UCW
- 4 Sozialräumliche Planungskoordination (SPK) Gast Frau Leymann
Bericht ca. 10 Minuten
- 5 Finanzielle und personelle Auswirkungen der Corona-Pandemie auf
dem Bezirk und die Investitionsplanung
- 6 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 7 Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der **1208/5**
Wirtschaftsförderung
Fraktion DIE LINKE
- 8 Inklusion auf Spielplätzen! **1715/5**
AfD-Fraktion (Um ab, HH ffd.)
- 9 Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung **1739/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Um ab, HH ffd)
- 10 Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der **1789/5**
Kolonie Hohenzollerndamm
SPD-Fraktion (Um ab, HH ffd.)
- 11 Housing-first in Charlottenburg-Wilmersdorf **1800/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Soz angen., HH ffd.)

- | | | |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 12 | Gestaltung des Brixplatzes
FDP-Fraktion (Um m. Ä. angen., HH ffd.) | 1817/5 |
| 13 | Vorsorge für Dialog Displays
CDU-Fraktion (VT m. Ä. angen., HH ffd.) | 1822/5 |
| 14 | Erfrischendes Bezirksamt
CDU-Fraktion (Um m. Ä. angen. HH ffd.) | 1824/5 |
| 15 | Kiezblocks angehen und im Haushalt sichern
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1938/5 |
| 16 | Verkehrsbehörde und Tiefbauamt für die Verkehrswende weiter
stärken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1939/5 |
| 17 | Verschiedenes | |
| 18 | Ggf. nicht öffentlicher Sitzungsteil
Bericht des Bezirksamtes über Verkäufe/Verkaufsabsichten von
Grundstücken und Immobilien | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1208/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der Wirtschaftsförderung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Gewerbetreibende, Freiberufler*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. im Bezirk durch die Bereitstellung eines Budgets in Höhe von insgesamt 10.000 Euro je Stadtteil zu stärken. Durch das Budget sollen standortnahe Projekte von kleineren ortansässigen Akteur*innen der Wirtschaft unterstützt werden.

Über die Bewilligung der Projekte entscheidet eine Jury aus unternehmerisch tätigen Bürger*innen, die im Stadtteil leben und/oder arbeiten. Die Jury ist alleiniges Entscheidungsgremium über Vergabe der Mittel. Die Mitglieder werden vom zuständigen Bezirksamtsmitglied für die bezirkliche Wirtschaftsförderung berufen.

Gewerbetreibende, Freiberufler*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. können Anträge zur Realisierung von Projekten stellen, die der Entwicklung der (gewerblichen) Infrastruktur ihres Stadtteils dienen.

Die Budgetverwaltung erfolgt über mindestens eine zusätzliche Stelle in der bezirklichen Wirtschaftsförderung. Diese berät und unterstützt die Antragsstellenden und die Jury.

Die Wirtschaftsförderung evaluiert die Projekt- und Standortentwicklung und unterstützt das Standortmanagement durch die Erhebung von Daten (bspw. zur Struktur, zu Cluster oder zur Nutzung von Gewerbeflächen in Verbindung mit Leerstandsanalysen).

Die BVV ist in einem jährlichen Bericht über die Analysen der Entwicklung in den Stadtteilen (Arbeits- und Ausbildungsplätze, Entwicklung haushaltsnahe Dienstleistungen, Branchenmix, Entwicklungsschwerpunkte, verkehrliche Belastungen) zu informieren.

Der BVV ist bis zum 31.12.2019 zu berichten.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Seyfert/Markus Bolsch/von Ertzdorff-
Kupffer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1715/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Inklusion auf Spielplätzen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt möge prüfen, inwiefern auf - von der Größe her geeigneten Spielplätzen! - Schaukeln für Rollstuhlfahrer, wie es sie schon in Spanien gibt, installiert werden können.

Sollte das möglich sein, soll das Bezirksamt ein Pilotprojekt zu solchen Schaukeln an einem geeigneten Standpunkt initiieren.

Der BVV ist bis zum 28.02. 2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Özbagci/Boden

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1739/5****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.11.2020	BVV	BVV-051/5 überwiesen
19.01.2021	Um	Um-045/5 vertagt
16.02.2021	Um	Um-046/5 vertagt
16.04.2021	Um	Um-050/5 vertagt
20.04.2021	Um	Um-051/5 vertagt
18.05.2021	Um	Um-052/5 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
	HH	
	BVV	

Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung

Die BVV möge beschließen:

Anknüpfend an die Beschlusslage der BVV DS 1425/5 wird das Bezirksamt aufgefordert, den Einstieg in eine Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft bereits im kommenden Jahr zu erproben. Dazu ist unverzüglich in Verhandlungen mit Senat und Abgeordnetenhaus einzutreten, um die finanziellen Voraussetzungen für eine Schulreinigung durch kommunales Personal an mehreren Standorten zu schaffen. Die Reinigungskräfte sind grundsätzlich einzelnen Schulen zuzuordnen. Hierbei ist insbesondere die Wahl von unterschiedlichen Schulformen und Größen zu berücksichtigen, um bereits frühzeitig eine Vergleichbarkeit zwischen der bezirklichen und privaten Reinigung zu erzielen. Falls die finanziellen Mittel für eine vollständige Rekommunalisierung nicht ausreichen, ist die Tagesreinigung primär zu rekommunalisieren und beizubehalten.

Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert ist, bereitet das Bezirksamt die Reinigung aller Schulgebäude durch Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst vor. Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 ist die dafür erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung zu berücksichtigen. Auslaufende Reinigungsverträge mit privaten Reinigungsfirmen sind nur zu verlängern, wenn eine bezirkliche Reinigung im entsprechenden Zeitraum nicht gesichert werden kann. Nach Ablauf der Verträge werden die für Schulgebäude notwendigen Reinigungskräfte im Rahmen einer Festanstellung beim Bezirksamt beschäftigt.

Der BVV ist erstmalig bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

Begründung:

Für den Lernerfolg ist ein sauberes Umfeld unabdingbare Voraussetzung. In vielen Schulgebäuden werden die Reinigungsverträge sehr ungenügend eingehalten, indem Räume nicht vollständig gereinigt werden oder die Nassreinigung zu selten vorgenommen wird. Das Reinigungspersonal arbeitet meist in Subunternehmen unter prekären Arbeitsbedingungen und kann in begrenzten Zeitfenstern die erforderlichen qualitativen Anforderungen nicht erfüllen.

Auf Initiative von „Schule in Not“ hat die BVV am 20. Februar 2020 für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gestimmt. Jetzt müssen Taten folgen. Auf Landesebene wurde dazu der „Runde Tisch Schulreinigung“ eingerichtet. Angesichts der Größe des Vorhabens ist es geboten, nunmehr mit der Umsetzungsplanung zu beginnen. Dabei sind die insbesondere die erforderlichen und die tatsächlich vorhandenen Haushaltsmittel in den Blick zu nehmen. Für den Einstieg in die kommunale Schulreinigung sind die Unterstützung des Landes und zusätzliche Mittel im Bezirkshaushalt erforderlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1789/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Kosten für den Abriss des Hauses auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm zu übernehmen. Mit dem Vorstand der Kolonie soll über die zukünftige Nutzung der Parzelle (urban Gardening, Nutzung Schule, Kita, ect.) eine Übereinkunft getroffen werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Kolonie ist nicht in der finanziellen Lage den Abriss des Hauses von ca./ max. 10.000,00€ zu finanzieren. Es macht keinen Sinn über die Situation Jahre zu diskutieren und eine Kleingartenparzelle brach liegen zu lassen. Vielmehr sollte die Parzelle schnellstmöglich in einen Zustand versetzt werden, die eine möglichst allgemeinen Nutzung möglich macht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1800/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Housing-first in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen wie auch selbst die Umsetzung anzugehen, dass ein Housing-first-Projekt in Charlottenburg-Wilmersdorf realisiert werden kann, z. B. durch den Ankauf einer geeigneten Liegenschaft. Dabei ist auf die vielfältigen besonderen Bedürfnisse der Menschen einzugehen, u. a. Hundebesitzer*innen. Die von Bezirksseite benötigten Mittel soll das Bezirksamt bereitstellen. Darüber hinaus soll das Bezirksamt prüfen, wie die Mieter*innen eines solchen Projektes mitentscheiden können. Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit wie das weitere Vorgehen zu beraten.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung

Die Zahlen der Obdachlosen im Bezirk sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies ist bedauerlicher Weise überall in Europa festzustellen. In Finnland leben allerdings weniger Menschen auf der Straße. Der Grund dafür ist das Housing-First-Prinzip. Die Menschen bekommen erst eine Wohnung und dann erhalten sie, was sie benötigen. In Deutschland läuft das bisher bis auf wenige Ausnahmen noch anders. (vgl. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/obdachlosigkeit-erst-die-wohnung-dann-der-rest>) Die Erfolge Finnlands können auch andere Staaten erreichen. Der Bezirk sollte daher ein solches Projekt mitanstoßen, um Menschen in Obdachlosigkeit eine neue Perspektive zu geben und folgend die weiteren benötigten Hilfsangebote bereitzustellen. Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung sind ebenso zu beachten wie Aspekte der geschlechtlichen Vielfalt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Fest

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1817/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gestaltung des Brixplatzes

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob der Brixplatz nach den ursprünglichen Gestaltungsplänen und Bepflanzungsmerkmalen nach Erwin Barth von 1913 saniert werden kann.

Bei der Auswahl der Bäume sollte berücksichtigt werden, dass eine Anpassung an die Klimaveränderungen erfolgen muss.

Der Bürgerinitiative sollte die Auswahl transparent gemacht werden.

Begründung

- erfolgt mündlich -

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1822/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Vorsorge für Dialog Displays

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die geplanten Standorte für die vom Senat zur Verfügung gestellten neuen Dialog Displays vor Meldung an die Senatsverwaltung im Ausschuss für Verkehr und Tiefbau vorzustellen, eine jeweils dreimonatige Rotation weiterhin durchzuführen und im Haushalt für den Betrieb, die Instandhaltung und Instandsetzung aller Dialog Displays Vorsorge zu treffen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021

Begründung:
Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Wagner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1824/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erfrischendes Bezirksamt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, an jedem Standort in Charlottenburg – Wilmersdorf zu prüfen, ob Duschköglichkeiten für die Mitarbeitenden (männlich/ weiblich/ divers) geschaffen werden können.

Für den Fall, dass die Prüfung ergibt, dass Umkleiden und Nasszellen auch mittels kreativer Lösungen (z.B. Duschcontainer, Kooperationen mit naheliegenden Fitnesscentren, etc.) nicht realisierbar sind, wird das Bezirksamt aufgefordert, eine Möglichkeit für Mitarbeitende zu schaffen, um sich in jeder Liegenschaft in einer abschließbaren Einzelkabine/ abschließbaren Raum mit Warmwasser abzubrausen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:

Nasszellen mit Umkleide- und Duschköglichkeiten sind an viele Vorschriften gebunden, die an den meisten Standorten höchstwahrscheinlich nicht umsetzbar sind. Wer die Mobilität mit dem Fahrrad unterstützt und die Gesundheit im öffentlichen Dienst fördern will, der muss auch notwendige Rahmenbedingungen erfüllen. So soll für Mitarbeitende in den Liegenschaften des Bezirksamtes eine Möglichkeit geschaffen werden, sich nach der Anreise zur Arbeit mit dem Fahrrad oder nach sportlicher Betätigung wieder frisch zu machen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1938/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kiezblocks angehen und im Haushalt sichern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Haushalt 2022/2023 im Eckwertebeschluss als Sondertatbestand Mittel in Höhe von 200.000 Euro und zwei Personalstellen bereitzustellen, damit das Bezirksamt Kiezblocks planen und umsetzen kann, um damit die Beschlüsse der BVV hierzu umzusetzen. Zusätzlich soll das Bezirksamt sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen für Mittel für Kiezblocks bewerben.

Dabei sind die Bereiche, wo es bereits BVV-Beschlüsse oder Vorschläge gibt, anzugehen. Hierzu gehören der Kiez um den Karl-August-Platz, die Straßen um die Schule am Rüdesheimer Platz wie das Gebiet zwischen Badensche Straße, Bundesallee und Wexstraße.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung

Die BVV hat beschlossen, dass sie Kiezblocks im Bezirk unterstützt und diese gemeinsam mit Initiativen und Bürger*innen vor Ort umgesetzt wissen will. Damit dies geschehen kann, braucht es die entsprechenden Mittel und Personal, um das zu erreichen. Zu den Gebieten um den Kar-August-Platz, die Straßen um die Schule am Rüdesheimer Platz und den Bereich zwischen Badensche Straße, Bundesallee und Wexstraße existieren BVV-Beschlusslagen bzw. Vorschläge der dortigen Schule. Das Bezirksamt wie BVV sollten dies mit Personal und Mitteln absichern, damit die Arbeit besser fortgeführt werden kann. Auch die vom Land Berlin bereitgestellten Mittel für Kiezblocks sollten abgerufen werden, um breiter aufgestellt zu sein und gegebenenfalls mehr umsetzen zu können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1939/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsbehörde und Tiefbauamt für die Verkehrswende weiter stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt und die BVV werden gebeten, als Sondertatbestand im Eckwertebeschluß vorab den Aufbau der Verkehrsbehörde und des Tiefbauamtes weiter zu berücksichtigen, um die Ziele der Verkehrswende besser angehen zu können. Hierbei sollen Verkehrsplaner*innen eingesetzt werden, die die Ziele einer integrierten Gestaltung wie Umbau des Verkehrsraums im Sinn des Umweltverbundes aus Bahnen, Bussen, Fahrrad und zu Fuß gehen wie des Lieferverkehrs voranbringen. Das Bezirksamt soll dafür den Stellen- und Mittelbedarf erhöhen und in den kommenden Haushaltsentwurf 2022/2023 einstellen. Hierzu soll das Bezirksamt einen Titel zur Umsetzung der Verkehrswende in Höhe von 500.000 jährlich einführen und diesen die kommenden Haushalte erhöhen und fortführen.

Zudem soll das Bezirksamt darstellen, wie die Stellen attraktiver werden und besser (z.B. in den entsprechenden Fachgebieten der TU-Berlin) beworben werden können bzw. mit diesen gezielt zusammenzuarbeiten, damit ausreichend Fachkräfte gewonnen werden können.

Bei der Stellenbesetzung wie in den Projekten sind das Gender-Budgeting wie der Diversity-Aspekt zu berücksichtigen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Verkehrsplanung sind durch die Ziele des Klimaschutzes gelegt. Ein weiteres Ziel ist, Abgase und Lärm in der Stadt zu mindern. Durch die 15 Jahre Sparkurs des Landes Berlin und zu lange offenstehende Stellen in der Verkehrsbehörde und Tiefbauamt können viele Projekte nicht zeitnah angegangen werden. Um den Aufholprozess zu starten, soll das Bezirksamt jetzt eine höhere Anzahl

an Stellen wie Mittel festlegen und im nächsten Haushaltsentwurf 2022/2023 einstellen. Dazu bedarf es eines eigenen Titels, damit das Bezirksamt nicht auf die Gelder der Investitionsplanung oder des Erhalts der Straßeninfrastruktur angewiesen ist. Somit kann der Aufholprozess für die Verkehrswende überhaupt gelingen. Es darf nicht noch mal drei Jahre benötigen, um zwei Stellen der Verkehrsbehörde und Tiefbauamtes wie der Radplanenden dauerhaft zu besetzen.

Die Arbeitsplätze im Bezirksamt sind aktiv außen zu bewerben, um gute Fachkräfte zu gewinnen. Hierzu soll das Bezirksamt u.a. mit Ausbildungsstellen wie der TU-Berlin enger (z.B. im Rahmen des Campus Charlottenburg) zusammenarbeiten, um Fachkräfte mit den neuesten Erkenntnissen der Verkehrsforschung zu erhalten. Um verschiedene Aspekte der Mobilität zu berücksichtigen, sind das Gender-Budgeting und der Diversity-Aspekt einzusetzen, um die Stellen zu besetzen bzw. diese in den Projekten miteinfließen zu lassen.